



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Freitag, den 16. April 1886.

Nr. 180.

Landtags-Verhandlungen. Herrenhaus.

16. Sitzung vom 15. April.

Das Haus und die Tribünen sind mäßig besetzt.

Der Präsident Herzog von Ratibor eröffnet die Sitzung um 2 1/4 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: Fürst von Bismarck, Kultusminister Dr. v. Gossler, Dr. Lucius und Kommissarien.

Tagesordnung:

Erster Gegenstand derselben ist die einmalige Beratung der Anstellungsvorlage.

Referent Dr. Miquel begründete den Kommissionsbeschluss, welcher die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfes in der vom Hause der Abgeordneten beschlossenen Fassung vorschlägt. Die Vorlage wolle Bestrebungen, die etwa auf ein Losreißen von Preußen gerichtet wären, jeden Boden entziehen. Die Schule sei dazu das geeignete Mittel, denn sie sei die große Thür, durch welche die deutschen Polen in das deutsche Staatswesen einträten; die Zahl der deutsch sprechenden Polen habe bereits merklich abgenommen; dem sei energisch entgegenzuwirken. Ein weiteres Mittel sei die Kolonisation. Nach dem Rahmen der Vorlage sei diese durchaus keine gewaltsame; man kaufe nur das Räumliche. Das System der Rentengüter halte er für sehr geeignet, um eine Kolonisation schnell und durchgreifend zu erreichen. Es empfehle sich dabei, der individuellen Entwicklung des einzelnen möglichst Spielraum zu lassen und nicht etwa die Erbauung der Wohngebäude u. s. w. vom Staate im Wege der Subvention auszuformen.

Herr v. Roscinski beleuchtet die Frage vom spezifisch polnischen Standpunkte. Es werde der Regierung damit gehen, wie dem Goethe'schen Bauerlehrerling, der die Weister, die er rief, nicht mehr zu bannen vermöge.

Ministerpräsident Fürst v. Bismarck betont den Ausführungen des Vorredners gegenüber, daß diese Vorlage wesentlich defensiver Natur ist. Man wolle nicht das Polenthum aueroiten, sondern das Deutschthum vor der Ausrottung schützen. Diese Ausrottung sei in den letzten Jahren langsam, aber stetig fortgeschritten und der Vorredner habe deshalb auch ohne Grund das traurige Schicksal der polnischen Bevölkerung geschildert. Deutschland besitze keinen Ueberfluß an Arbeitern und auch die Arbeiter der zu erwerbenden Güter würden reichliche Verwendung finden. Er habe nur das Wort ergriffen, um den defensiven Charakter dieser Vorlage zu vindizieren und als deren Bestimmung hinzustellen, daß dem unter der Führung des polnischen Abels und der Geistlichkeit fortschreitenden Polonisierungswerk des gemeinen Mannes in jenen Gegenden endlich ein Halt geboten werden solle. Es soll durch die Vermehrung des deutschen Elementes gegen diese Polonisierung ein Damm errichtet werden, man wolle das Deutschthum schützen, nicht den Polen ihre Nationalität nehmen. Man müsse endlich der Wiederholung solcher skandalösen Vorgänge vorzugen, daß Leute mit urdeutschen Namen erklärten, Polen zu sein, während noch ihre Großväter mit Entrüstung die Behauptung zurückgewiesen haben würden, Andere als Deutsche zu sein. Dießem Umsichgreifen der Polonisierung hoffe er durch dieses Gesetz einen Damm entgegenzusetzen und demselben einen Halt zu gebieten, aber von der Ansicht, die polnische Bevölkerung auszuroiten, sei keine Rede, sondern nur davon, das Deutschthum zu erhalten.

Graf v. Frankenberg spricht sich für Annahme der Vorlage aus, die nicht zum Unheil, sondern zum großen Segen für uns ausschlagen dürfte.

Hierauf wurde die General-Diskussion geschlossen und nach einem Schlusswort des Referenten, worin dieser nochmals hervorhebt, daß es nur friedliche Mittel wären, mit denen man den revolutionären Bestrebungen der Polen, die immer noch eine Loslösung jener Provinzen von Preußen für möglich hielten, entgegenzuträte, in die Spezialdiskussion eingetreten.

Die Vorlage wird sodann unverändert nach den Beschlüssen des anderen Hauses angenommen.

Ebenso wird das Gesetz betreffend die Befragung der Schulversammlungen in Westpreußen

und Posen nach unwesentlicher Debatte nach den Beschlüssen des anderen Hauses genehmigt.

Bei der die Fortbildungsschulen betreffenden Vorlage dreht sich die Diskussion vorzugsweise um die Anträge der Grafen von Pfeil und von Zieten-Schwerin, welche eine weitere Berücksichtigung der Sonntagsruhe gegenüber dem Fortbildungsschulunterricht bezwecken.

Nachdem die Anträge abgelehnt worden, wird auch diese Vorlage in der Fassung des Abgeordnetenhauses genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Unbestimmt.

Schluss 5 Uhr

Abgeordnetenhaus.

64. Plenarsitzung vom 15. April.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 1/4 Uhr mit geschäftlichen Mittheilungen.

Am Ministertische: v. Gossler.

Tagesordnung:

Erste Beratung des Entwurfs betreffend den Nachtragsetat für 1886—87.
Gefordert werden 3,678,100 Mark, und zwar 903,600 Mark an dauernden, 2,774,500 Mark an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben.

Davon entfallen 767,000 Mark auf die Bauverwaltung (Fasenanlagen in Oestermünde und Wiederherstellung der Oberbrücke bei Tschirzig), 7500 Mark für Aufnahme einer Statistik der Armenpflege, 3600 Mark auf das Berliner Medizinalwesen. Ferner werden verlangt 100,000 Mark zur Ergänzung des Fonds für Studierende deutscher Herkunft zum Zwecke späterer Verwendung derselben in Westpreußen, Posen und Regierungs-Bezirk Oppeln, 50,000 Mark zur Ergänzung des Fonds für Schüler deutscher Herkunft auf höheren Lehranstalten zu dem gleichen Zwecke, 100,000 Mark zur Ergänzung des Fonds behufs der besonderen Förderung des deutschen höheren Mädchenschulwesens in jenen Provinzen, 200,000 Mark zur Verstärkung der Schulaufsicht daselbst, 450,000 Mark zur Ergänzung des Fonds für besondere Förderung des deutschen Volksschulwesens daselbst, endlich zwei Millionen Mark zu Elementarschul-Bauten zur Förderung des deutschen Volksschulwesens in Westpreußen, Posen, Oppeln.

Abg. v. Wierzbinski (Polen) sucht eingehend nachzuweisen, daß die Schule in Westpreußen und Posen schon lange nicht mehr eine pädagogische Anstalt sei, sondern allein als Germanisirungs-Anstalt behandelt werde.

Abg. Freiherr v. Minnigerode (Deutschs.) führt aus, daß diese Forderungen begründet seien in der Zwangslage, in der man sich befinde und der man, so peinlich es sei, nun auch entsprechen müsse. Die Verhältnisse in den betreffenden Landestheilen seien derartig, daß man mit der Abhilfe der Uebelstände nicht länger zögern dürfe. (Beifall rechts.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) wendet sich gegen die Ausführungen des Abg. Freiherrn von Minnigerode, der die Gesetze gegen die Polen verteidigen wolle, diese Gesetze seien aber nur in Rücksicht auf Verpflichtungen, nicht aber auf Berechtigungen der polnischen Mitbürger geschaffen. Die Gesetze bedingen eine Reaktion, und diese Reaktion würde sie ihre Zwecke verfehlen lassen. Er könne es nicht billigen, daß die Schullasten allmählich ganz auf den Staat abgewälzt würden, wir würden damit eine Abneigung gegen die Schule schaffen und eine Herrschaft des Staates über die Schule. Dann erklärt er in längerer Ausführung seine Abneigung gegen den beschrittenen Weg, will jedoch in die Kommissions-Beratung willigen.

Abg. Gerlich (freikons.) befürwortet die Vorlage. Die Gemeinden im Osten seien gar nicht im Stande, die Schullasten aufzubringen; um dort genügende Schulen zu schaffen, sei absolut das Eingreifen des Staates nötig. Bedauerlich sei nur, daß für die Kirche nichts verlangt worden; er bitte daher den Kultusminister, diese Anregung in recht baldige Erwägung zu ziehen.

Abg. Kantak (Polen) erwidert, daß die Polen es gleichfalls wünschten, daß ihre Kinder Deutsch lernen; sie bedauerten diese Maßregeln deshalb so sehr, weil durch sie jenes auch von

ihnen gewünschte Ziel nicht erreicht würde. Einer Dotierung für die Kirchen würden sie sehr gern zustimmen, nur dürfe es sich dabei nicht um eine einseitige Begünstigung des Protestantismus handeln. Im Uebrigen sei die Elle sehr anfallend, mit der man jetzt so dringend diese Forderungen aufstellt. Jedenfalls werde die Kommission verlangen müssen, daß die Bedürfnisfrage eingehend geprüft werde.

Kultusminister Dr. v. Gossler erklärt, die Polen seien nicht, wie Abg. Windthorst wolle, Unterthanen sub conditione, sondern genau dasselbe wie jeder andere preussische Unterthan und belege diese Behauptung mit Altkindern aus dem Jahre 1832. Den Nachtragsetat müsse er aufrechterhalten, da er sehr eingehend vorbereitet sei. Die Ausführungen des Abg. Gerlich seien allerdings richtig, man könne sie aber nicht in einer Vorlage, wie diese hier ist, erledigen, weil man sonst den Verdacht einer Protestantisirung der betreffenden Gegenden hervorrufen hätte. In Rücksicht auf den Etat hätte man nicht mehr fordern dürfen. Es fehlten leider mehr als 1500 Klassen und 1800 Lehrer und daher sei die gemachte Forderung eine bescheidene und vielleicht vorläufige. Er hoffe auf eine freundliche Behandlung der Schulvorlagen in der Kommission. Die Regierung wolle bei Errichtung der Schulhäuser auch thunlichst sparen, wie er an einem Beispiel ausführt. Sie würde ja höchstens 300 neue Schulen und ebenso viel Lehrer mit dem geforderten Gelde freisetzen. Das Deutschthum sei thatsächlich in der Defensive, und somit seien diese Gesetze vollständig notwendig. Die Zahl der sog. polnischen Ueberläufer in den Schulen sei äußerst klein. Abg. Gerlich giebt der Herr Minister eine Reihe von Daten, die seine Behauptungen belegen. Ebenso notwendig wie die Maßregeln für die Gemeindeschulen seien seine Vorschläge betreffend die Mädchenschulen und die Universitäten, wo ebenso wie bei den höheren Knabenschulen sich die Hälftebeiträge von 100,000, 100,000 und 50,000 Mark als dringend von Nothen erwiesen, wenn man die Thätigkeit der polnischen Vereine betrachte, die diese Punkte in Angriff nähmen. Die Frage sei sehr ernst, es handle sich um den Schutz des berechtigten Deutschthums.

Abg. Dr. Wehr (freik.) beantragt, die auf die Hebung des Schulwesens bezüglichen Titel an die Schulkommission, die übrigen Titel an die Budgetkommission zu verweisen. Abg. Dr. Windthorst hat beklagt, daß der Staat in der Schule herrsche — das heißt also, die Kirche soll dort herrschen. Das widerspricht doch aber der Verfassung; ich finde es sonderbar, daß nach der definitiven Beilegung des Kulturkampfes Abg. Dr. Windthorst nun einen neuen Kampf, den um die Schule ankündigt.

Abg. Dr. Peters (Zentrum) räumt ein, daß diese Bestimmungen über Stipendien für Schüler und Studenten vielleicht nicht gegen den Katholizismus gerichtet sind, aber de facto zur Vernachtheiligung des Katholizismus führen würden. Auch der Errichtung höherer Töchter Schulen müsse man widersprechen; wenn die Mädchen dort mehr lernen als Elementar-Unterricht, Stricken, Nähen und Kochen, so schaffe man ein soziales Uebel.

Abg. Dr. Meyer-Breslau (freik.): Meine politischen Freunde haben sich wiederholt gegen jedes Kampfgesetz gegen die Polen erklärt, die zur Diskussion stehende Vorlage hat jedoch diesen Charakter nicht, sie erfüllt in hohem Maße die Forderungen, die wiederholt von uns aufgestellt worden sind. Wir stimmen diesen Forderungen bei und ich kann nicht einsehen, wie die polnischen Abgeordneten von einer Vergewaltigung des Polenthums sprechen können. Einer Mehrforderung, wie sie Abg. Dr. Wehr in Aussicht stellt, können wir nicht zustimmen, denn wir theilen überhaupt nicht die Ansicht des Abg. Dr. Wehr, die darin zu bestehen scheint, daß der wahre Lokalpatriotismus darin sich kundgibt, jeder Zeit bereitwillig Geld zu nehmen. (Heiterkeit.) Es würde sich mehr empfehlen, wenn dieser Lokalpatriotismus sich mehr darin betätigen wollte, nach dem Vorbilde der Polen Vereine und dergl. zu gründen. (Beifall links.)

Abg. Dr. Windthorst (Zentrum) verwahrt sich gegen den vom Abg. Dr. Wehr gegen ihn erhobenen Vorwurf, daß er den Kampf um

die Schule heraufbeschwören wolle. Er habe auch nicht behauptet, daß die Polen Unterthanen sub conditione seien, sie seien vollberechtigte Unterthanen mit gleichen Pflichten und gleichen Rechten, wie alle anderen.

Abg. Dr. Sattler erklärt namens der nationalliberalen Partei, daß sie der Vorlage eine wohlwollende Prüfung schenken würden.

Darauf wird die Diskussion geschlossen.

Hierauf wird der Nachtrags-Etat an die Budgetkommission verwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Nächste Sitzung: Dienstag, 4. Mai, 12 Uhr.

Tagesordnung: Erste Beratung der kirchenpolitischen Vorlage.

Schluss 2 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 15. April. Dem Kaiser sind in diesem Jahre aus Anlaß des Geburtstages eine Anzahl alter Münzen, vornehmlich aus dem Geburtsjahre 1797, als Zeichen der Verehrung eingereicht worden. Darunter befinden sich mehrere Ein- und Dreifennigstücke, Gröschel, Biergroschel und Einhalberstücke, sämmtlich mit der Jahreszahl 1797, ferner ein heftiger Albus aus dem Jahre 1779 und, von einem Deutschen in Chicago eingekauft, ein Thaler aus dem Jahre 1786, jedoch kein sogenannter Sterbthalser. Von anderer Seite sind drei Kupfermünzen mit den Jahreszahlen 1763 (Hubertusburger Friede), 1786 (Todesjahr Friedrich des Großen) und 1797 eingereicht worden. Die die „Nordd. Allg. Ztg.“ erzählt, haben diese Aufmerksamkeiten und Erinnerungen dem Kaiser Freude bereitet und hat derselbe den betreffenden Gebern seinen Dank zu erkennen gegeben.

— Man berichtet aus Hannover: Die beiden ältesten Söhne des Regenten von Braunschweig, die Prinzen Friedrich Heinrich und Joachim Albrecht von Preußen, siedeln am Freitag definitiv nach Braunschweig über, um dort bei ihrem Eltern dauernden Aufenthalt zu nehmen. Der jüngste Prinz Friedrich Wilhelm war gleichzeitig mit dem Regentenpaare nach Braunschweig übergeföhrt, während die beiden ältesten Prinzen hier zurückgehalten waren, um ihren Unterricht bis Ostern nicht zu unterbrechen. Gleichzeitig mit denselben geht der Militärgouverneur nach Braunschweig, ebenso die betreffenden Lehrer, welche den Prinzen zugetheilt sind. Mit dieser Ueberföhrung dürfte die Anwesenheit des Prinzen Albrecht und seiner Familie hier in Hannover ihren definitiven Abschluß gefunden haben, nur das Kommando des 10. Armee-Korps wird den Prinzen in dienstlicher Funktion noch öfter nach Hannover führen.

— Die Idee, welche dem seitens des Abg. Knebel im Abgeordnetenhaus eingebrachten Antrage, betreffend eine Reorganisation der bestehenden Kreisparlamente behufs Befriedigung des Kreditbedürfnisses der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungsklassen zu Grunde liegt, ist nicht neu; sie entspricht zum Theil einem bereits im Jahre 1867 vom Statthalter Geh. Rath Dr. Engel in der „Zeitschrift des Königl. Statist. Bür.“ gemachten Vorschlage, daß zur Beschaffung unkündbarer, in Raten zurückzahlender Darlehne auf Grundstücke bei den Sparkassen Abtheilungen für Hypothekendarlehen auf dem Prinzip genossenschaftlicher und obligatorischer Sparung und Tilgung errichtet werden. „Es ist dies“, sagt der Verfasser, „ein Reformprinzip in doppelter Hinsicht; es rückt die Sparkassen selbst auf einen höheren Standpunkt, indem es die Sparenden in eine höhere Klasse der Schule des Sparens versetzt, und das Volk befreundet sich mit den Sparkassen und schenkt ihnen seine Theilnahme, sobald es sieht, daß sie vor Allem dem Volkskredit in seinen wichtigsten Grundlagen, dem Realbesitz, und in seinen bedeutendsten Gewerben, dem Ader- und Häuserbau, Vorschub leisten.“ Die Erörterungen über die Ursachen, welche der Hypothekenkreditnoth zu Grunde liegen, werden dahin zusammengefaßt: „Die außerordentliche Konkurrenz des Staats- und Gemeindefredits mit dem Privatkredit beschränkt den letzteren auf ein immer kleineres Maß. Auf diesem kleinen Gebiete steigt nun aber auch noch der Mobilienkredit durch seine den Kreditgebern vortheilhafteren Eigenschaften über den Immobilienkredit. Hierdurch sind offenbar zwei

Mittel der Abhilfe angezeigt: erstens Eindämmung des Staats- und Gemeindefredits oder vielmehr der riesenhaft wachsenden Inanspruchnahme desselben, zweitens Beseitigung der nachtheiligen Eigenschaften des Realcredits und Verwandlung derselben in solche, welche ihn den Kreditgebern ebenso angenehm machen, wie den Mobilienkredit. Dieses Reformprinzip ist den englischen Land- und Baugenossenschaften entlehnt.

Auf Grund der Aussagen eines von Belgrad über Pest nach Paris zurückkehrenden Marquis de Fiers hatte der „Pest. Lloyd“ folgendes schlecht erfundene Geschichtchen erzählt:

„Als die serbische Regierung französische Kanonen (System Oberst Bange) angeschafft hatte, wurde in Berlin das Mögliche und Unmögliche ausgedacht, damit Serbien Krupp'sche Kanonen kaufe. Dies ging so weit, daß man der serbischen Regierung einen Rabatt von 2 Millionen anbot, unter der Bedingung, daß sie sich für die Krupp'schen Kanonen entscheide. Als von serbischer Seite erwidert wurde, daß der Vertrag über den Ankauf französischer Kanonen schon unterzeichnet sei, war es der Kriegsminister selbst, dem man diese zwei Millionen anbot, mit der Aufforderung, irgend eine Einwendung zu erheben und den Vertrag zu annullieren. Der serbische Minister lehnte dies ab und erwies sich so als Ehrenmann und aufrichtiger Patriot.“

In der „Nordd. Allg. Ztg.“ wird nunmehr dem ungarischen Blatte eine gerichtliche Verfolgung für seine Behauptungen in Aussicht gestellt:

„Der „Pest. Lloyd“ wird weder in dem Namen des „Marquis de Fiers“ noch in dem irgend eines anderen französisch-serbischen Agenten einen Deckmantel für seine tendenziösen Verschuldigungen finden können. Weder die deutsche noch die preussische Regierung hat jemals irgend welche Verhandlungen der angebotenen Art in Serbien geführt, und der „Pest. Lloyd“ wird, wie wir hoffen, vor den Gerichten seiner Helmschutzhelme Gelegenheit finden, den Beweis der Wahrheit für seine lügenhaften Artikel anzutreten. Wir halten das Blatt mehr für ein serbisches, als für ein ungarisches, seiner Tendenz nach. Jedenfalls ist es antiserbisch; es stehen hinter ihm Leute, welche Interesse daran haben, das gute Einvernehmen mit Deutschland zu stören.“

Ueber die Stimmung, welche in München herrscht, giebt eine Korrespondenz aus München folgendes Bild:

Die Dinge drängen zur Entscheidung, mag sie ausfallen, wie sie wolle. Nicht ganz unwahrscheinlich ist es, daß Kaiser Franz Josef im Familienrath über die Situation gesprochen hat. Münchens Bevölkerung wurde über den vierstägigen, also ungewöhnlich langen Aufenthalt des Kaisers von Oesterreich stutzig und kombinierte sich eine Lösung, wie eine solche das bairische Volk in seiner Königstreue eben wünscht. Daß Ungeheuerlichkeiten mit unterlaufen, darf nicht Wunder nehmen. Die Nachricht, daß der König zwei Geheimplatzes mit dem Auftrag nach München entsandt habe, den gegen Ansehen opponierenden Finanzminister Dr. v. Riebel zu verhaften, fand natürlich großen Glauben. Ihrem Korrespondenten wurde von hervorragender Seite der doch ganz natürliche Zweifel sehr verheißt. Auf den Einwand, daß doch Minister v. Riebel am genannten „Unglücks“-Tage seinen Etat der direkten Steuern im Landtag vertrat, wurde mir die Antwort: Die zwei Geheimplatzes hätten sich vor Vollführung des königlichen Befehls bei ihrem Oberst gemeldet, der die Ausführung desselben verhindert. Deshalb unterließ die Verhaftung. Es geht toll zu in München, mit Zweifeln zieht man sich bereits Feinde zu.

Dem Sultan von Zanzibar droht eine neue internationale Verwicklung. Nach einer Meldung des „Reuter'schen Büreaus“ aus Zanzibar von gestern hätte der dortige Konsul Portugals, in Folge der entschiedenen Weigerung des Sultans von Zanzibar, einen von Portugal beanspruchten, im südlichen Theile des Sultanats gelegenen Gebietstheil an Portugal abzutreten, seine Flagge eingezogen und den deutschen Konsul bis zur Wiederherstellung der Beziehungen zwischen Portugal und Zanzibar um die Uebernahme des Schutzes für die dort befindlichen Staatsangehörigen Portugals ersucht.

Man wird weitere Details abwarten müssen, um zu erkennen, auf welcher Seite hier das Recht liegt, bezw. ob auch hier wiederum England seine Hand im Spiele hat, indem es den Sultan von Zanzibar in seinem Widerstande unterstützt.

Ueber das bereits telegraphisch gemeldete Bombardement und die Zerstörung von Monep-Stadt in Bimbia sind nunmehr, wie der „Hamb. Korresp.“ mittheilt, per Dampfer „Professor Wörmann“ briefliche Nachrichten eingetroffen, aus denen hervorgeht, daß der Gouverneur von Kamerun, Freiherr v. Soden, es sich angelegen sein ließ, den Eingeborenen klar zu machen, daß in der deutschen Kolonie statt der bisherigen Gesetzlosigkeit und üblichen Gewaltthatigkeiten Gesetz und Ordnung herrschen sollen. Es wird berichtet, daß die Monep-Stadt am 22. Februar von dem Kanonenboot „Cyclop“ bombardirt und vollständig zerstört wurde. Nachdem es bekannt geworden war, daß der Häuptling dieser Stadt, Namens Monep, einen Onkel von König Ball, Namens N'Gande, ermordet hatte, ging das Kanonenboot „Cyclop“ mit dem Gouverneur nach Bimbia, warf vor besagter Stadt Anker und gab gleich darauf den üblichen blinden Schuß zum Zeichen, daß der Gouverneur die Häuptlinge zu

sprechen wünsche. Money kam aber nicht, und als nach ihm geschickt wurde, ließ er sagen, wenn der Gouverneur etwas von ihm wünsche, könne er ja an Land kommen. Darauf wartete der Gouverneur noch bis zum nächsten Morgen um 8 Uhr; dann wurde die Stadt mit 9 großen und 21 kleinen Granaten beworfen, worauf das Landungskorps an Land ging und die Stadt bis auf wenige Häuser niederbrannte. Erbeutet wurden außer Ziegen, Ochsen und Hühnern noch 3 Canoes. Der Gouverneur hat einen Preis ausgesetzt von 20 Ru für den, der Money todt, 25 wer ihn lebendig bringt; darauf hat er Bimbia-Preeso zum König von Bimbia ernannt. Durch diese energische und durchgreifende Maßregel des Gouverneurs, die gewiß allseitige Billigung findet, wird es hoffentlich gelingen, den erwähnten Money, welcher sich von jeher gewaltthätig und renitent erwies, einzufangen und in verdienter Weise zu bestrafen.

In der gestern im österreichischen Abgeordnetenhaus fortgesetzten Debatte über die Landsturmvorlage motivirte der Minister für Landesverteidigung dieselbe und versuchte dabei die Behauptung des Abgeordneten Knop zurückzuweisen und die Nothwendigkeit der Vorlage darzulegen, welche nicht eine Vergrößerung des Heeres bezwecke, sondern nur die Möglichkeit eines Erfasses und Verwendung desselben ganz zu operativen Zwecken. Es seien zwingende Erfahrungen, durch welche auch die Regierung Ungarns veranlaßt wurde, ein ganz gleiches Gesetz einzubringen. In der Politik der Staaten frage man nach Leistungen und nicht nach schmeichehaften Worten. „Wir wollen gern treue und aufrichtige Freunde unserer Freunde bleiben, aber als eine Achtung und Vertrauen erwerbende Macht.“ Der Landsturm solle thätigst ein Reservoir für die Armee sein, ohne aber schon im Frieden Lasten aufzuerlegen. Selbstverständlich solle eine vernünftige Grenze nicht überschritten werden, durch deren Einhaltung der größere Theil der betreffenden Mannschaften nicht herangezogen werden dürfte. Der Minister wies ferner auf das wirksame Ersparniß des deutschen Heeres hin, welches im letzten Kriege dem Abschlusse eines vorteilhaften Friedens einen wirksamen Nachdruck verliehen habe. In keinem anderen Bekehrungsbegehre eine Beschränkung des Kriegeszustandes des Heeres. Wenn die Regierung bei nicht ausreichenden Ersatzkräften keine anderweitige Ergänzung des Kriegszustandes vornehmen dürfe, könne sie eine Verantwortung im Kriege nicht übernehmen. Die Hülfsmittelleistungen des Landsturms fänden ihre natürliche Beschränkung durch den Kriegsbedarf. Der Wunsch, daß die ausgedienten Mannschaften zulezt an die Reihe kämen, sei nicht immer zu erfüllen. Nachdem alle Staaten die Institution des Landsturms eingeführt hätten, liege die Wahrung des völlerrechtlichen Charakters desselben im Interesse aller Staaten. Die Vorlage enthalte keinerlei Aenderung des Wehrgesetzes. Die Erhaltung des Landsturms bringe in Friedenszeiten keine schwerwiegende Belastung mit sich. Mit Rücksicht auf die bedeutenden Wassenvorräthe dürften in dieser Beziehung keine Kosten erwachsen, überhaupt werde ein Budget für den Landsturm nicht existieren. Die Sprachverhältnisse der Armee seien nach Rücksichten der Zweckmäßigkeit geregelt und gerade diese Verhältnisse hätten allgemeine Anerkennung gefunden. — Ein Antrag Schönerers auf Uebergang zur nicht motivirten Tagesordnung erhielt nur sechs Stimmen. Ein Antrag Knop auf motivirten Uebergang zur Tagesordnung wurde mit 235 gegen 45 Stimmen abgelehnt. — Die Spezialdebatte findet in der heutigen Abend Sitzung statt. Die Debatte erinnert sich, daß gleich beim ersten Auftreten dieser Landsturmvorlage der militärische Mitarbeiter des „Berl. Tagebl.“ auf die große Wichtigkeit dieser Reform für Oesterreichs Wehrfähigkeit des Nächstern hingewiesen hat.

Königsberg, 14. April. Das Urtheil des Oberlandesgerichts in dem Diätenprozeß des Fiskus gegen den Reichstags-Abgeordneten Dirichlet lautet zufolge der „Hart. Ztg.“:

I. Das Urtheil der I. Zivilkammer des königlichen Landgerichts in Insterburg vom 25. November 1885 wird dahin abgeändert: 1) Beklagter wird verurtheilt, 500 Mk. nebst 5 pCt. Zinsen seit dem 6. Oktober 1885 an den Kläger zu zahlen; 2) Beklagter soll schwören: „Ich schwöre“, daß ich nach sorgfältiger Prüfung und Erkundigung die Ueberzeugung erlangt habe, daß ich als Mitglied des deutschen Reichstags während der Reichstagsessionen 1881–82, 1882–83, 1883–84, 1884–85 aus dem Diätenfonds der früheren Fortschrittspartei — jetzt deutschfreisinnigen Partei — auf Grund des Beschlusses des Zentral-Wahlkomitees vom 17. Februar 1881 im Ganzen nicht mehr als 500 Mk. (oder welche höhere Summe) bezogen habe.“ Leistet Beklagter den Eid, wie normirt, so wird Kläger mit seiner Mehrforderung von 1500 Mk. und Zinsen abgewiesen. Leistet Beklagter den Eid überhaupt nicht, so wird er verurtheilt, dem Kläger jenseit 1500 Mk. nebst 5 pCt. Zinsen seit dem 6. Oktober 1885 zu zahlen. Leistet er den Eid unter Einfügung einer höheren Summe als 500 Mk., so wird die entsprechende Feststellung des Betrages, mit welchem Kläger abgewiesen, und des Betrages, zu welchem Beklagter verurtheilt wird, dem Berufungsurtheil vorbehalten.

II. Die Entscheidung des Kostenpunktes bleibt dem Berufungsurtheil vorbehalten.

Ausland.

Paris, 14. April. Die „Lanterne“ schreibt: „Weiß es die Regierung, ja oder nein, daß der Südwesten Tunesiens, an der Grenze von Tripo-

li, in hellem Aufstande ist? Hat die Regierung keine Kenntniß davon, daß die dissidenten Stämme, welche nach Tunesien zurückkehren begannen, durch das Vorgehen des Herrn Cambon und die Erpressungen des „Generals“ Allegro aufgeregt und empört, zu den Waffen gegriffen und die Feindseligkeiten begonnen haben? Die offiziellen Blätter, die so bereit sind, die hohen Thaten des Herrn Cambon zu feiern, lesen über die so wichtigen Nachrichten kein Wort verlauten. Allein die Regierung sollte davon benachrichtigt worden sein. Wir wollen glauben, daß sie es ist, warum verheißt sie denn aber die Wahrheit? ... Weiß die Regierung, daß der „General“ Allegro trotz seiner Bravourstücken außer Stande ist, die Ruhe wiederherzustellen? Ist es Herrn de Freycinet unbekannt, daß fast täglich ernste Zusammenstöße zwischen den Empörern und den tunesischen Truppen des „Generals“ Allegro stattfinden, welche letztere nicht immer die Oberhand behalten? Hat Herr de Freycinet keine Meldung von einem jüngst geseherten Schmaragd, in welchem die Truppen des „Generals“ Allegro einige 40 Todte (?) und eine entsprechende Zahl von Verwundeten hatten? Wenn Herr de Freycinet davon keine Abnung hat, warum erludigt er sich nicht hierüber bei dem General Rebella de Dionne, dessen Rückkehr nach Frankreich die tunesischen Blätter melden, über welche die offiziellen Zeitungen bisher geschwiegen haben?

„Weiß es die Regierung, ja oder nein, daß die Residenz mit den Bevölkerungen im Kriege, ein Konflikt mit der französischen Handelskammer und im offenen Zerwürfniß mit der ganzen europäischen Kolonie ist? Hat Herr de Freycinet Kenntniß von dem einmüthigen Beschlusse der Handelskammer von Tunis, der den Skandal der Affaire brandmarkt? Weiß die Regierung, daß die tunesische Kolonie in Ermangelung irgend eines gewählten Vertreters bei der französischen Regierung die Handelskammer ersucht hat, der französischen Regierung direkt ihre Klagen und Beschwerden mitzutheilen, welche die Residenz unterdrückt. Weiß die Regierung, daß die Handelskammer, die sich des Rechtes des direkten Verkehrs mit der Regierung, ja sogar mit dem Handelsminister beraubt sieht, den Entschluß gefaßt hat, eine gesellige Rundgebung anderer Art herbeizurufen?“

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 16. April. Wie die „Stargarder Zeitung“ hört, wird es von den Pächtern der Madüßfischer schwer empfunden und beklagt, daß der Fischefang nicht mehr ein so ergiebiger wie früher ist. Die Madüß ist mit der Plöne bekanntlich durch den Schöningkanal verbunden. Sobald nun die Fische ihre Wanderzeit, namentlich zur Zeit der Brut antreten, suchen Bleie, Hechte u. s. w. frisches Wasser auf, verlassen den See und gehen der Plöne zu. Während sich in dieser nun der Fischefang recht günstig gestaltet, es werden in den Netzen Hechte von besonderer Schwere, Schleie bis zum Gewicht von 7 Pfund, Bleie von 3–18 Pfund gefangen, verbleibt in der Madüß nur die Maraine und der Stint. Der Wunsch der Fischer geht nun dahin, daß der Kanal während der Wanderzeit der Fische abgesperrt werde, aber es dürfte dies immerhin von der Regierung schwer zu erreichen sein, da solche auf den früheren Wunsch der angrenzenden Besitzer die Fortnahme früher bestehender Schleusen verfügt hat. Seit dieser Zeit ist der Fischeichthum der Plöne zum Nachtheil der Madüßfischer noticeably gewachsen.

Durch den Beitritt der freiwilligen Feuerwehr in Belgard (51 Mann stark) gehören dem Pommer'schen Feuerwehrverbande jetzt 35 Wehren an.

Der Oberwiel 68 wohnhafte Materialwaarenhändler A. Mantuffel ist vorgestern Abend in der Oder ertrunken. Derselbe wollte auf dem Hofe seines an die Obergrenzen Grundstücks einigen Schiffen, die in seinem Geschäft Einfäufe gemacht hatten, bei der Abfahrt mit einer Laterne leuchten, wobei er in Folge eines Fehltritts in die Oder stürzte. Den beiden Schiffen, welche sofort zu Hilfe eilten, gelang es auch nach kurzer Zeit, den Verunglückten wieder aus dem Wasser zu ziehen; leider kam die Rettung zu spät und die Wiederbelebungversuche blieben erfolglos.

Der Buchbinder Karl Heinrich Theodor Ellige, ein wegen Verletzung der Schamhaftigkeit bereits mehrfach vorbestrafter Mensch, wurde gestern wegen gleichen Verbrechens, sowie wegen einer Majestäts-Beleidigung in Haft genommen.

Stettin, 16. April. Die schriftliche Annahme der Kündigung einer Schuld unter Angabe des Schuldgrundes, des Schuldbetrages und des Zahlungstermins wird nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 4. Zivilsenats, vom 25. Januar d. J., durch diesen die Schuld vollständig beweisenden Inhalt nicht zu einem stempelplichtigen Schuldschein, wenn mit der Ausstellung dieses Scheins nur die Kündigungs-Annahme, nicht aber die Herstellung eines schriftlichen Beweises für die Schuld beabsichtigt worden war. „Der Urkundenstempel richtet sich nach dem Rechtsgeschäft, welches sich durch die in der Urkunde enthaltene Willenserklärung vollzogen hat. Es kommt daher auf die Feststellung dieser Willenserklärung an, sowie sie in der Urkunde abgegeben ist, und es ist erforderlich, den Inhalt des vom Aussteller der Urkunde erklärten Willens zu erforschen, um danach zu bestimmen, welches stempelplichtige Rechtsgeschäft durch den durch die Urkunde bezeugten Willen des Ausstellers zu Stande gekommen ist.“

schäft durch den durch die Urkunde bezeugten Willen des Ausstellers zu Stande gekommen ist.“

Kunst und Literatur.

Eine interessante Zeitungsnotiz ist in London, wo der Klavier-Kultus jetzt auf dem Gipfel angelangt ist, wieder ausgegeben worden. Im Schaufenster einer Kunsthandlung liest man folgende Ankündigung des Theaters in Manchester vom 16. Juni 1825: „Die Herren Ward und Andrews geben sich die Ehre, das Auftreten eines Wunderknaben anzukündigen, den sie unter großen pekuniären Opfern zu gewinnen gewußt haben. Der zwölfjährige kleine Franz Klavier wird sich heute Abend als ein vollendeter Meister auf dem Pianoforte bewundern lassen und ein Talent zeigen, wie es einzig in der ganzen Welt da steht.“ Für dieses Zeitungsblatt sollen bereits enorme Summen geboten worden sein.

Bermischte Nachrichten.

„Es ist nichts mit den Kindern“, klagt ein Freund dem anderen: „Hat man Söhne, die halbwegs gesunde und gerade Glieder haben, so kommen sie zum Militär; und hat man hübsche und normal gewachsene Töchter, so kommt's Militär zu ihnen.“

(Ein Experiment.) Erster Student: Du, pump' mir doch mal zehn Mark! Zweiter: Hier hast Du. Erster: Nun nimm sie wieder zurück, jetzt pump' ich sie Dir. Zweiter: Was soll das heißen? Erster: Ich wollte nur mal sehen, wie einem zu Muthe ist, wenn man einem Anderen Geld pumpt.

(Nicht der Mühe werth.) Kraus: „Also Du hast mit Deinem Studium umgefahlet?“ — Pimper: „Meine Emma wünscht, ich soll Botaniker werden.“ — Kraus: „Wegen der einen Pflanze!“

(Aus der Schule.) Lehrer: „Kann mir eins von euch sagen, wie der Abendstern heißt?“ Der kleine Jakob sagt ohne weiteres: „Bietel!“ — Lehrer: „Wie kommt Du zu diesem Unfuss?“ Statt Hepternus — Bietel!“ — Der kleine Jakob: „Herr Lehrer, es ist so, unser Nachbar, der Pferdehändler, heißt „Bietel“ Abendstern.“

(Nur galant.) Dame: „Dieser Stoff ist ja ganz verschossen.“ — Kommiss: „Das wundern mich gar nicht. Wer wäre es nicht, wenn er in Ihre Nähe kommt, mein Fräulein.“

Verantwortlicher Redakteur: M. Sievers in Stettin

Telegraphische Depeschen.

München, 15. April. Kammer der Abgeordneten. Da bei der Spezialdebatte über das Arrondirungsgesetz der Hauptartikel betreffend die Zwangszusammenlegung keine Majorität von zwei Dritteln erhielt, so fragte der Präsident an, ob die Regierung auf der Weiterberatung des Gesetzes bestehe. Der Finanzminister erklärte namens des Ministers des Innern, die Regierung hoffe auf die Herstellung des dritten Artikels durch die Reichsräthe, und ziehe daher den Entwurf nicht zurück.

Paris, 15. April. Die Deputirtenkammer genehmigte heute den Gesetzentwurf über die Spionage. Von der Regierung wurde eine Kreditforderung von 200,000 Franks für das Institut Pasteurs eingebracht. Von Lanessan wurde der Bericht über den Vertrag zwischen Frankreich und Deutschland betreffend die Abgrenzung der beiderseitigen Besitzungen in Westafrika vorgelegt. Die Verabreichung des Vertrages wurde auf nächsten Sonnabend festgesetzt.

Der „Temps“ erfährt, Frankreich sei über seine Ansichten in Betreff eines an Orléansland von den Mächten zu richtenden Ultimatus befragt worden und habe, bevor es sich darüber äußern könne, den Wunsch ausgesprochen, erst den Wortlaut des Ultimatus kennen zu lernen.

London, 15. April. Unterhaus. Von dem Schatzkanzler Harcourt wurde das Budget eingebracht und erläutert. Nach demselben schließt das vorige Finanzjahr mit einem Defizit von 2 1/2 Millionen, der Vorschlag für das gegenwärtige Finanzjahr beziffert die Ausgaben auf 90 1/2 Millionen, die Einnahmen auf 89 1/2 Millionen. Zur Deduktion des hiernach vorhandenen Defizits ist nicht die Auflegung einer Steuer, sondern die Reduktion des Tilgungsfonds um 800,000 Pfund in Aussicht genommen. Vom Schatzkanzler wurde eine kleine Ermäßigung der Abgabe in Vorschlag gebracht, welche diejenigen zu bezahlen haben, die in ihrem eigenen Hause Bier brauen.

London, 15. April. Unterhaus. Der Sprecher zeigt an, daß Erskine May, der seit 54 Jahren als Clerk des Unterhauses thätig gewesen sei, seinen Posten aus Gesundheitsrücksichten niedergelegt habe und verbindet damit den Ausdruck warmer Anerkennung für die von Erskine May geleisteten Dienste. Gladstone kündigt an, daß er morgen ein Dankesvotum für May beantragen werde.

Madrid, 15. April. Der Herzog von Sevilla, welcher wegen seines Verhaltens gegen die Königin zum Verluste seines militärischen Grades und zu achtjährigem Gefängniß verurtheilt worden war, ist von der Königin begnadigt worden.

Petersburg, 15. April. Der deutsche Botschafter v. Schwelnitz hat heute eine Urlaubserreise nach Deutschland angetreten. Der bisherige französische Botschafter General Appert hat, ebenfalls heute, Petersburg verlassen.

Newyork, 15. April. In der Stadt St. Cloud (Minnesota) und deren Umgegend richtete ein Typhoon bedeutende Verheerungen an und wurden dabei 67 Personen getödtet und Viele verwundet.

45.

Sie reckten sich die Hände und während der
 Art dann mit großen Schritten einer Gruppe
 nur Augenleidenber zuellte, die mit blauen Brillen
 versehen unter einem großen Zelte saßen, näherte
 sich Johannes Herder zögernd der Laube, in der
 Margarethe, die Hände im Schoße gefaltet, in
 tiefes Sinnen verloren saß. Dennoch aber hörte
 sie seinen festen Schritt über den Kies knirschen

gegangen, da die einzige Person, der Geschäftsführer Herr Leopold Werner, die um Ihr neues Domizil wußte, in das Ausland gegangen, und

Johannes sah, „das ein Recht besaß, Vaterliebe und Vatergärtlichkeit zu fordern — um so mehr — als — keine zweite Mutter ihm zur Seite steht.“

dann verließ er sie, mit dem Versprechen freilich, bis zu dem Tage, an dem die Operation vollzogen werden sollte, täglich wiederzukommen. Sie nahm dieses Versprechen mit glücklichem Lächeln hin —

Der Reichthum,
mit welchem man nur zu häufig einen Schnupfen, Husten
oder Katarrh unbedachtet läßt, indem man glaubt: „Es
wird schon wieder von selbst vergehen“ hat schon Manchem
eine schwere Erkrankung zugezogen. Nimmt man stets
sogleich vor den bewährten, auf wissenschaftlicher Basis
beruhenden Apotheker B. Bock'schen Katarrhpillen, so
wird die Ursache der Erkrankung alsbald beseitigt und
eine weitere Gefahr dadurch ausgeschlossen. Bock'sche
Katarrhpillen sind erhältlich in Stettin: Bestian's
und Schlüter's Apothekothek, Grabow: Apotheker Schuster,
Schwan-Apothek in Willshagen und in den meisten
pommerischen Apotheken. Jede echte Schachtel trägt den
Namen: Dr. med. W. Bock's.

Börsebericht.
Stettin, 15. April. Wetter: trübe. Temp. +
7° N. Barom. 28" 5". Wind NO.
Weizen fest, per 1000 Mgr. loco gelb. u. weiß. 145
bis 156 bez., per April-Mai 156 B., 156 1/2 G., per
Mai-Juni 157 1/2 - 157 - 157 1/2 bez., per Juni-Juli 159
G., per Juli-August 161 G., per September-Oktober
162 - 162 1/2 bez.
Koggen unverändert, per 1000 Mgr. loco incl. 125 - 129
bez., per April-Mai 129 - 129 1/2 bez., per Mai-Juni
130 - 130 1/2 bez., per Juni-Juli 131 1/2 - 132 1/2 bez., per
September-Oktober 134 1/2 - 135 1/2 - 135 1/2 bez.
Rübbi ohne Handel, per 100 Mgr. loco 45,25 B., per
April-Mai 44 B., per Mai 44 B., per September-
Oktober 45,75 B.
Spiritus niedriger, per 10,000 Liter % loco o. F.
33 1/2 bez., per April-Mai 34 1/2 nom., per Mai-Juni 35 1/2
bez., per Juni-Juli 35 1/2 B. u. G., per Juli-August
36 1/2 - 36 1/2 bez., per August-September 37 1/2 - 37 1/2 bez.,
B. u. G.
Petroleum per 50 Mgr. loco 11,70 bez. bez.

Kirchliche Anzeigen.
Am Sonntag, den 18. April, werden predigen:
In der Salop-Kirche:
Der Gottesdienst um 8 1/2 Uhr fällt aus.
Der Konsistorialrath Dr. Ripper um 10 1/2 Uhr.
(Einsiegnung und Abendmahl.)
Sonntagabend, 17. d. Mts., Vormittags 12 Uhr, Prüfung
der Konfirmanden und Beichtandacht:
Der Konsistorialrath Dr. Ripper.
Dienstag Vormittag 10 Uhr Einsiegnung:
Der Prediger de Bourdeau.
In der Jacobi-Kirche:
Der Pastor Pauli um 10 Uhr
(Einsiegnung der Söhne und Abendmahl.)
Der Prediger Dr. Scipio um 2 Uhr.
Der Prediger Müller um 5 Uhr.
In der Johannis-Kirche:
Der Divisionspfarrer Gossenfelder um 8 1/2 Uhr
(Militär-Gottesdienst.)
Der Pastor Friedrichs um 10 Uhr.
(Einsiegnung.)
Der Prediger Müller um 2 Uhr.
In der Peter- und Pauls-Kirche:
Der Pastor Deike um 10 Uhr.
(Einsiegnung, Beichte und Abendmahl.)
Der Pastor Füller um 2 Uhr.
In der Gertrud-Kirche:
Der Prediger Dr. Scipio um 9 Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Der Prediger Maß um 2 Uhr.
Im Johannis-Kloster-Saale (Neustadt):
Der Prediger Müller um 9 Uhr.
Taubstumm-Anstalt, Elisabethstraße 36:
Der Direktor Erdmann um 10 Uhr.

In der Lutherschen Kirche zu der Renstadt:
Der Pastor Hoffmann um 9 1/2 Uhr.
(Einsiegnung der Konfirmanden.)
In der Lukas-Kirche:
Der Prediger Homann um 10 Uhr.
In Torney in Wehanten:
Der Pastor Brandt um 10 Uhr.
In Torney in Salem:
Der Prediger Steinmetz um 4 1/2 Uhr.
In der Rüdenmühle:
Der Pastor Bernhard um 10 Uhr.
In Grabow:
Der Pastor Mans um 10 1/2 Uhr.
(Nach der Predigt Beichte und Abendmahl.)
Im Marchandshaus in Dredow:
Der Pastor Deike um 5 Uhr.
Im Rühlhauer Wetjnal:
Der Pastor Füller um 9 Uhr.
Brüdergemeinde (Elisabethstraße 46):
Der Vorsteher Spiegel um 4 Uhr.
Katholische Kirche (im königlichen Schloß):
Um 8 1/2 Uhr Früh- resp. Militär-Gottesdienst. Um
10 Uhr Hochamt mit Predigt. Um 8 Uhr Nach-
mittags-Andacht.

Abendgottesdienst schon 19. April.
Marienburg. Geld-Loose à 3,25 M.
einschließl. Porto u. Riste, auf 10 Loose 1 Freiloose,
verienet
Hermann Franz, Hannover.
Briefmarken zu Sammlungen verkauft, kauft, tauscht
und gibt Kommissionslager mit 83 1/2 %
nach 100 %
G. Zechmeyer,
Nürnberg.
Kontinentalmarken ca. 200 Sorten, per Miße 60 %.

Freienwalde a. O., den 9. April 1886.
Meistgebotverkauf
von
Bau-Terrain.
Ein Theil des der Stadtgemeinde gehörigen Bau-
Terrains an der Briegener Chaussee, an der Höhe des
Aussichtsturms, gelegen soll meistbietend verkauft werden.
Es gelangen 16 Parzellen in Größen von durchschnittlich
1000 qm zur Ausbietung; besonders zu Villenanlagen
geeignet. Der Termin findet am **Mittwoch, den**
21. April er., Nachmittags 3 Uhr im Stadtvor-
ordneten-Saal des hiesigen Rathhauses statt.
Der Bebauungsplan mit Parzelleneintheilung, sowie
die Bedingungen und Kaufbedingungen sind jederzeit im
Magistrats-Bureau einzusehen; auch werden die Bedin-
gungen auf Verlangen gegen Erstattung der Kopialien
verlangt.

Der Magistrat.
Malaga und Portweine
in unbedingter Reinheit verende in Postgebunden, 5 Fl.
Inhalt, verzollt und franko. Preisliste gratis.
Gustav Colberg, Hamburg.
Eine herrschaftliche Wohnung,
Lousenstr. 25, 1 Treppe, bestehend aus 6 Zimmern, Saal
u. sehr reichlichem Zubehör mit allem Komfort der Neu-
zeit ausgestattet, ist zum 1. Oktober resp. 1. Juli er an
vermieten. Näheres daselbst parterre rechts oder Schul-
straße 11 im Kontoir. Zu besichtigen von 10-1 Uhr
Vormittags.

Von diesem Tage an hielt denn auch alle Tage Vormittags die Droschke Doktor Herders vor der Heilanstalt des berühmten Augenarztes, ja, ein paar Mal hatte Johannes auch sein Töchterchen mitgebracht, und die kleine Rätze, ein bildhübsches Mädchen von dreizehn Jahren, schmeichelte sich schnell in das Herz der blinden Frau, die ihr so sehr, sehr leid that.

Die beiden Damen saßen noch hinter ihren Kaskastassen, erhoben sich aber sofort und Mar-

„Wissen Sie auch," sagte er mit leise vibrierender Stimme, „daß der morgende Tag auch für mich einmal ein sehr bedeutungsvoller gewesen?"

(Fortsetzung folgt.)

Breitestraße.

Stellensuchende jeden Berufs placht
Reuter's Bureau
in Dresden, Reilbahustraße 25.